

# Digitalstrategie Deutschland: Ohne Städte ist keine Strategie zu machen!

Positionspapier des Deutschen Städtetages



# Digitalstrategie Deutschland: Ohne Städte ist keine Strategie zu machen!

---

## Positionspapier des Deutschen Städtetages – beschlossen vom Hauptausschuss am 23. Mai 2023 in Köln

**Wir haben Großes vor.** So überschreibt die Bundesregierung die **Digitalstrategie Deutschland**. Im Sommer 2022 veröffentlicht, soll die Strategie das **digitalpolitische Kursbuch** der laufenden Legislaturperiode sein. Sie bildet die Schwerpunkte aller Ressorts ab.

**Wir haben Großes vor.** Das ist ein angemessen anspruchsvolles Motto für eine umfassende Gesamtstrategie. Es ist ebenso gut wie überfällig, dass es mit der Digitalstrategie Deutschland nun erstmals eine gemeinsame Vorstellung der unterschiedlichen Handlungsfelder und wichtigsten Themen gibt. Zielführend ist, dass die Strategie drei Maßnahmen priorisiert, die besondere Wirkung entfalten sollen. Insbesondere bei Vorhaben der **Standardisierung** braucht es deutlich größeres, insbesondere regulatives Engagement vor allem durch Bund und Europäische Union. Denn damit Städte Daten effizient für die Modernisierung nutzen und auch zielgerichtet teilen können, sind gemeinsame Standards unerlässlich. Digitale Abhängigkeiten von Dritten müssen durch offene Standards vermieden werden. Sich in Standardisierungsgremien im Schulterschluss mit den europäischen Partnern einzusetzen, stellt wichtige Weichen für die Zukunft.

**Wir haben Großes vor.** Die vorgelegte Strategie adressiert viele wichtige Themen. Vorhaben allein reichen jedoch nicht, auf die **Umsetzung** kommt es an. Schon für das Jahr 2023 wurde das geplante **Digitalbudget** nicht beschlossen, für das Jahr 2024 laufen die Verhandlungen noch. Diesmal sollte dringend zusätzliches Geld bereitgestellt werden. Die Umsetzung der Ziele der Digitalstrategie Deutschland muss auch mit einem entsprechenden Budget hinterlegt sein.

## Lernender, digitaler Staat

Bürgerinnen und Bürger müssen staatliches Handeln auch im digitalen Raum als zuverlässig, schnell und seriös erleben. Dafür braucht es dringend über alle staatlichen Ebenen hinweg eine leistungsfähige **digitale Verwaltung**. Dies ist nur durch konsequente Prozessoptimierungen, auch über föderale Grenzen hinaus, zu erreichen. Es reicht nicht, nur den Zugang zu digitalen Leistungen zu betrachten. Erfolgreiche Digitalisierung muss Bisheriges hinterfragen. Die Städte sind bereit dazu. Sie haben bereits mit den Dresdner Forderungen die wichtigsten Schritte in eine moderne Verwaltung aufgezeigt. Komplexität muss verringert und die Digitale Daseinsvorsorge gestärkt werden. Verfahren müssen von den Bürgerinnen und Bürgern hergedacht werden. Zentrale IT-Verfahren und Prozesse für zentrale Aufgaben schonen Ressourcen und schaffen Kapazitäten in Kommunalverwaltungen.

Für neue Wege braucht es auch die passende Haltung: ernst gemeint, mit Vertrauen ausgestattet und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger verbindlich geplant. Der vielfach zitierte **Kulturwandel** geschieht weder von selbst noch von heute auf morgen. Es braucht Qualifizierungsmaßnahmen sowie verlässliches Verwaltungshandeln. Der Kulturwandel wird auch geformt, indem Möglichkeiten eröffnet werden. Wenn Kommunalverwaltungen experimentieren dürfen, dann kann Neues entstehen. Dies zeigen unter anderem die über „Smart Cities made in Germany“ geförderten Kommunen in ganz Deutschland. Die Herausforderungen sind oft ähnlich, die Lage vor Ort aber immer auch spezifisch. Es braucht deshalb einen rechtlichen Rahmen, der Sicherheit und Klarheit bietet und gleichzeitig Flexibilität ermöglicht. Deshalb ist der in der Digitalstrategie erwähnte **Digitalcheck** so wichtig. Mit

ihm sollen Gesetzentwürfe auf ihre digitale Praxistauglichkeit überprüft werden. Leider sind immer noch zu viele gesetzliche Vorgaben nicht geeignet, damit in Kommunalverwaltungen flexibel, schnell, kooperativ und innovativ agiert werden kann. Die Digitalisierung des Wohngeld-Antragsverfahrens zeigt exemplarisch, wie es nicht gehen sollte: Entstanden ist ein Flickenteppich aus unterschiedlichsten Lösungen und Fortschritten. Lösungen können nicht nachgenutzt werden, Probleme entstehen an den Schnittstellen zu Fachverfahren.

Das Thema **Cybersicherheit** rückt zunehmend in den Fokus. Angriffe auf Kommunen häufen sich. Durch die vermehrte Nutzung von Sensoren und der Digitalisierung der Verwaltung vergrößert sich die Angriffsfläche. Es braucht gezielte Maßnahmen, um Kommunen in der Breite zu unterstützen. Dafür brauchen die Kommunen personelles Knowhow, Sicherheitsstandards und die notwendige technische Infrastruktur. Die dafür erforderlichen Mittel müssen insbesondere mit Blick auf die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises auch von Bund und Ländern zur Verfügung gestellt werden. Das ist nicht nur eine Frage der Konexität, sondern auch der nationalen Sicherheitsarchitektur.

## Smart City

Die Stadt der Zukunft ist auf Daten gebaut. Daten umfassend zu nutzen und zu vernetzen ist auch auf kommunaler Ebene außerordentlich wichtig. Ohne eine umfassende Datengrundlage und -nutzung werden Städte der Zukunft nicht mehr steuerbar sein. Die Frage, wer Daten wie nutzen darf, ist eine Machtfrage. Öffentliche Daten müssen für die öffentliche Hand nutz- und verwertbar sein, auch wenn sie von Dritten erhoben werden. Dies gilt beispielweise für die kommunale Wärmeplanung: Städte brauchen neben eigenen auch Daten von Externen wie Energieversorgern und Schornsteinfegern, um einen guten Wärmeplan zu erstellen.

Rund um das Thema Daten muss auch in Kommunen mehr Expertise aufgebaut werden. Das geplante **Dateninstitut** sollte deshalb neben dem Vorantreiben von Datenverfügbarkeit und -standardisierung auch einen Schwerpunkt auf Kompetenzvermittlung legen. Auf kommunaler Ebene wird das Gros an Daten bereitgestellt, für diese Ebene müssen deshalb dringend Qualifizierungsangebote geschaffen werden.

Der Bund sollte in Bezug auf **urbane Datenplattformen** stärker steuern. Viele Städte treffen derzeit technologische Richtungsentscheidungen, um den Umgang mit Daten zu gestalten. Es braucht wirksame Anreize, um einen technologischen Flickenteppich zu vermeiden. Hier müssen die losen Enden zusammengebracht werden. Im ersten Schritt braucht es Transparenz: Welche Kommunen nutzen urbane Datenplattformen? Wie sind die technischen Spezifikationen? Im nächsten Schritt sollte der Bund Städte mit vorhandenen Dateninfrastrukturen bei der Mitnutzbarkeit ihrer Plattformen durch andere Kommunen unterstützen. Einheitliche Standards spielen dabei eine sehr große Rolle. Die Koordinierungs- und Transferstelle Smart Cities (KTS) wäre hier gut geeignet. Die KTS hat durch Begleitung der Modellprojekte bereits einen guten Überblick, besitzt die notwendige Expertise und ist mit ausreichend Ressourcen ausgestattet, um eine solche Aufgabe zu bewältigen.

## Ohne Städte ist keine Strategie zu machen

**Wir haben Großes vor.** Das sollte das Motto für alle staatlichen Ebenen sein, denn Großes lässt sich nur gemeinsam verwirklichen. Die kommunale Perspektive muss deshalb eng mit einbezogen werden. Es ist deutlich aufwändiger Fehler zu beheben, als Digitalisierungsmaßnahmen von Anfang an ganzheitlich mit den Kommunen zu denken. Digitalisierung wird immer dort greifbar, wo die Menschen leben. Vor Ort wird umgesetzt, was in Bund und Ländern beschlossen wird. Der Bund ist deshalb gut beraten, die kommunale Expertise ernsthaft einzubinden. Es ist deshalb mehr als enttäuschend, dass im von der Bundesregierung eingesetzten **Digitalbeirat** der kommunale Blick nicht vertreten ist.

Digitalisierung ist kein Projekt, das man abschließt. Es gilt immer wieder auf neue technologische Entwicklungen zu reagieren und neue Möglichkeiten aktiv zu nutzen. Die rasante technische Entwicklung **Künstlicher Intelligenz** zeigt das enorme Potenzial. Der öffentliche Dienst muss im Umgang mit Künstlicher Intelligenz sicherstellen, dass Verwaltungshandeln nachvollziehbar, diskriminierungsfrei und ethisch vertretbar ist. Aufgehalten werden kann und soll sie nicht – KI wird Verwaltung entlasten und schnellere Entscheidungen ermöglichen. Sie muss nur sinnvoll eingesetzt werden. Denn klar ist: KI hat definitiv **Großes** vor. Für den Umgang mit KI heißt es deshalb umso mehr, dass wir gemeinsame Antworten brauchen.

Ohne Städte ist keine Strategie für die Menschen vor Ort zu machen, wir fordern deshalb:

- Dass der Bund die Kommunen in strategischer Hinsicht intensiver einbindet und beteiligt. Die kommunale Ebene sollte deshalb dringend im **Digitalbeirat** vertreten sein.
- Dass der Bund beim **Digitalcheck** die Umsetzungsebene ernst nimmt. Deshalb erwarten wir vom Bund, dass er bei seiner Gesetzgebung die technischen und organisatorischen Voraussetzungen der Kommunen mitdenkt.
- Dass der Bund ein **Digitalbudget** bereitstellt. Es ist auch eine Frage der Prioritätensetzung für die digitale Transformation gesondert Geld bereitzustellen.
- Dass der Bund aktiver gegen den **technologischen Flickenteppich** vorgeht. Er sollte stärker die Standardisierungsvorhaben mitgestalten, für zentrale Aufgaben zentrale Lösungen bereitstellen und den technologischen Entwicklungspfad in den Kommunen durch bessere Koordination stärker steuern.

## Beschluss des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages zum vorliegenden Positionspapier

---

1. Der Hauptausschuss begrüßt die Ziele der Digitalstrategie Deutschland. Eine erfolgreiche Umsetzung gelingt nur, wenn der Bund die Kommunen in strategischer Hinsicht intensiver einbindet und beteiligt als bisher. Die kommunale Ebene muss deshalb zwingend im Digitalbeirat vertreten sein.
2. Der Hauptausschuss begrüßt den Digitalcheck, mit dem Gesetzesvorhaben auf ihre digitale Praxistauglichkeit überprüft werden. Dieser muss ernsthaft angewendet werden. Der Hauptausschuss erwartet vom Bund, dass er bei seiner Gesetzgebung die technischen und organisatorischen Voraussetzungen der Kommunen zwingend berücksichtigt.
3. Der Bund sollte das geplante Digitalbudget im Jahr 2024 endlich bereitstellen. Es ist auch eine Frage der Prioritätensetzung, für die digitale Transformation gesondert Geld bereitzustellen.
4. Der Hauptausschuss erwartet, dass der Bund und die Länder aktiver gegen den technologischen Flickenteppich vorgehen. Sie sollten stärker die Standardisierungsvorhaben mitgestalten, für zentrale Aufgaben zentrale Lösungen bereitstellen und den technologischen Entwicklungspfad in den Kommunen durch bessere Koordination stärker steuern.

**Herausgeber**

© Deutscher Städtetag Berlin und Köln, Juni 2023

**Erarbeitet vom AK Digitalisierung des Deutschen Städtetages****Autorinnen und Autoren:**

Adelskamp, Peter; Ginzler, Beate; Janßen, Frauke; Kürger, Sven;  
Meigel, Sabine; Möwes, Sabine

**Kontakt in der Hauptgeschäftsstelle**

Digitalisierungsbeauftragte Frauke Janßen

E-Mail: [frauke.janssen@staedtetag.de](mailto:frauke.janssen@staedtetag.de)

ISBN 978-3-88082-377-8

Titelbild: © levgen Skrypko – stock.adobe.com

**Hauptgeschäftsstelle Berlin**

Hausvogteiplatz 1

10117 Berlin

Telefon: 030 37711-0

**Hauptgeschäftsstelle Köln**

Gereonstraße 18 - 32

50670 Köln

Telefon 0221 3771-0

E-Mail: [post@staedtetag.de](mailto:post@staedtetag.de)

Internet: [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)

Twitter: [www.twitter.com/staedtetag](https://www.twitter.com/staedtetag)